Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreisausschusses
von Donnerstag, den **17.07.2003**,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:20 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Schwing.

Für den in der Zeit von 16:05 Uhr bis 16:20 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Andre
Herr Karlheinz Bein
Herr Joachim Bieber
Herr Erwin Dotzel
Herr Karl Neuser
Herr Helmut Oberle
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Bernhard Stolz
Herr Ivo Trützler
Frau Ruth Weitz

abwesend von 14:25 bis 15:35

Stellv. Ausschussmitglied

Frau Marion Becker-Scharrer

Vertretung von Herrn Jens Marco Scherf

Entschuldigt fehlten:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Jens Marco Scherf

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dietmar Fieger, Oberregierungsrat
Frau Cornelia Huberg, Regierungsrätin
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

Ferner waren zugegen:

Herr Markus Seibel, Regionalmanager (bis Punkt 4)
Herr Dr. Heimann, Geschäftsführer der ZENTEC GmbH (bis Punkt 4)
Herr Diehl, Geschäftsführer des „Geopark Bergstraße-Odenwald“ (Punkt 5)

Tagesordnung:

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 22.05.2003
- 2 Information über den Erwerb und die Prämierung von Facharbeiten von Kollegiatinnen und Kollegiaten der Landkreisgymnasien
- 3 Vorstellung von Regionalmanager Markus Seibel
- 4 Geschäftsbericht 2002 der ZENTEC GmbH
- 5 Sachstandsbericht "Geopark Bergstraße-Odenwald"
- 6 Feststellung der Jahresrechnung 2002
- 7 Grundsicherungsgesetz:
Antrag der Freien Wähler, Verfassungsbeschwerde zu erheben

Tagesordnungspunkt 1:

Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 22.05.2003

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 11.05.2003 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

Information über den Erwerb und die Prämierung von Facharbeiten von Kollegiatinnen und Kollegiaten der Landkreisgymnasien

Regierungsrätin Huber führte aus, daß der Kreisausschuß wie alljährlich auch heuer über die vom Gutachtersgremium ausgewählten und prämierten Facharbeiten der Kollegiatinnen und Kollegiaten des Abiturjahrgangs 2003 informiert werden sollen. Eingereicht worden seien 12 Facharbeiten. Das Gutachtersgremium, das am 06.06.2003 zusammengekommen sei, habe 10 Arbeiten für die Landkreissammlung ausgewählt. Im einzelnen handele es sich um folgende Facharbeiten:

Vom Karl-Ernst-Gymnasium Amorbach:

Kuhn Victoria:

„Die Wirtschaftsstruktur der Marktgemeinde Schneeberg im Vergleich zur Wirtschaftsstruktur in Unterfranken“

Vom Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach a.Main:

Bretz Matthias:

„Der Turnhallenneubau des Turnvereins Trennfurt – Planung und Finanzierung“

Dittmeier Matthias:

„Die Entstehung des Landkreises Miltenberg“

Löhr Markus:

„Neue Nutzungsformen im ländlichen Raum am Beispiel des Rosshof Großheubach“

Schneider Andreas:

„Die Entstehung der Acordis unter besonderer Berücksichtigung des Standortes Obernburg“

Schüren Verena:

„Die Kreistagswahl im Landkreis Miltenberg 2002“

Speth Christian:

„Das Röllbacher Heldenbuch“

Vom Julius-Echter-Gymnasium Eisenfeld:

Marquardt Florian:

„Vergleich des Kollegstufensystems Bayern – Hessen“

Sauer Julia:

„Die Bauer Markt GmbH in Eisenfeld – ein mittelständischer Einzelhandelsbetrieb behauptet sich am Markt“

Willmann Kathrin:

„Die Reichsprogromnacht vom 9./10. November 1939 am Beispiel der Ereignisse in Kleinheubach, Miltenberg, Röllbach und Wörth“

Die Verfasser der Facharbeiten hätten Anerkennungsschreiben des Landrates erhalten, die ihnen im Rahmen der Verleihung der Abiturzeugnisse im Juni 2003 überreicht worden seien. Die Anerkennungsprämien (zwischen 50,00 € und 250,00 €), seien insbesondere abhängig von der Qualität der Arbeit und ihrer Originalität (Neuigkeitswert und Selbständigkeit der Erarbeitung). Darüber hinaus habe das Gremium bei der Auswahl und Bewertung der Arbeiten auch berücksichtigt, welchen Gewinn der Erwerb einer Facharbeit für den Landkreis Miltenberg mit sich bringe. Erstmals habe das Gutachtergremium für zwei Arbeiten die Höchstprämierung vergeben und für drei weitere Arbeiten den höheren Bereich ausgewählt.

Die Auswahl der besonders zu erwähnenden Facharbeiten sei dieses Jahr schwer gefallen, da viele herausragende Arbeiten vorgelegen hätten. Ohne die anderen Facharbeiten abzuwerten, werden drei Arbeiten besonders zur Lektüre empfohlen. Es seien dies die Facharbeiten von Julia Sauer, Verena Schüren und Kathrin Willmann.

Julia Sauer untersuche in ihrer Facharbeit, wie sich ein mittelständischer Einzelhandelsbetrieb gegenüber Supermarkt und Discounterketten behauptete. Sie stelle die Geschichte und Entwicklung der Bauer Markt GmbH in Eisenfeld dar und vergleiche das Angebot mit den Angeboten der Konkurrenten. Durch eine sorgfältig durchgeführte und ausgewertete Umfrage komme sie zum Ergebnis, daß sich der Bauer Markt mit optimaler Frische und Qualität bei einem breiten Sortiment von den Konkurrenten abhebe.

Verena Schüren gehe in ihrer Facharbeit auf die letzte Kreistagswahl im Landkreis Miltenberg ein. Als Tochter des SPD-Landratskandidaten sei sie von Anfang an sowohl mit dem Wahlkampf, als auch mit dem Ausgang der Wahl besonders konfrontiert gewesen, wie sie in ihrem Vorwort schreibe. Ausführlich stelle sie die Besonderheit der Kreistagswahl 2002 dar, nämlich das erstmalige Antreten der Gruppierung „Neue Mitte“, und analysiere ausgewogen die Wahlkampfaussagen der verschiedenen Listen ebenso wie den Ausgang der Wahl.

Kathrin Willmann beschäftige sich in ihrer Facharbeit mit einem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte, der sog. Reichsprogromnacht am 9./10. November 1938. Sie untersuche die Ereignisse in Kleinheubach, Miltenberg, Röllbach und Wörth a.Main. Dabei stütze sie sich neben strafrechtlichen archivierten Akten auf zwei Zeitzeugeninterviews. Es sei nicht einfach gewesen, auskunftsbereite Zeitzeugen zu finden. Es sei der besondere Verdienst dieser Facharbeit, zwei Zeitzeugeninterviews für die Nachwelt zu sichern.

Die Facharbeitenaktion habe nunmehr 101 Arbeiten aus 16 Abiturjahrgängen zusammengetragen. Sie werden in der Kreisbildstelle archiviert und seien für die interessierte Bevölkerung öffentlich zugänglich.

Die Landkreisverwaltung danke Frau Oberstudienrätin Horn und Frau Studienrätin Bott sowie den Herren Oberstudienräten Dr. Söllner und Klein für ihr großes Engagement bei der fachkundigen Auswahl und Prämierung der Facharbeiten im Gutachtergremium.

Tagesordnungspunkt 3:

Vorstellung von Regionalmanager Markus Seibel

Landrat Schwing wies darauf hin, daß die Stelle des Regionalmanagers bisher unter dem Dach der Initiative Bayer. Untermain angesiedelt gewesen sei und die Industrie- und Handelskammer als ihren Beitrag die Geschäftsstelle geführt habe. Aufgrund des Dienstendes von Herrn Engelmann sei die Stelle ausgeschrieben und Herr Markus Seibel als Regionalmanager eingestellt worden. Die Stelle befinde sich jetzt unter dem Dach der ZENTEC GmbH, was eine weitere Aufwertung sei.

Herr Markus Seibel stellt sich sodann persönlich vor und gab einen kurzen Überblick über seinen beruflichen und persönlichen Werdegang.

Tagesordnungspunkt 4:

Geschäftsbericht 2002 der ZENTEC GmbH

Nachdem Herr Dr. Heimann den dieser Niederschrift beiliegenden Bericht erstattet hatte, sagte Landrat Schwing, es sei anerkennenswert, wie gut sich die ZENTEC GmbH in relativ schwieriger Zeit entwickelt habe. Dies sei erfreulich und zum größten Teil dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Heimann, und seinem Team zu verdanken. Es werde gehofft, daß sich auch die Initiative von Herrn Regionalmanager Seibel positiv auswirke. Landrat Schwing bat, den Dank des Kreisausschusses allen MitarbeiterInnen der ZENTEC GmbH zu überbringen.

Die in der anschließenden Aussprache gestellten Fragen der Ausschußmitglieder Dr. Schüren (Gewinn und Verlust), Dotzel (Förderung von Handwerkern) und Becker-Scharrer (Frauenförderung) wurden von Geschäftsführer Dr. Heimann und Landrat Schwing beantwortet.

Tagesordnungspunkt 5:
Sachstandsbericht "Geopark Bergstraße-Odenwald"

Herr Diehl, Geschäftsführer des „Geopark Bergstraße-Odenwald“, gab den dieser Niederschrift beiliegenden Bericht und beantwortete die Fragen der Ausschußmitglieder.

Landrat Schwing dankte für den Bericht und die geleistete Arbeit.

Tagesordnungspunkt 6:
Feststellung der Jahresrechnung 2002

Verw.Oberamtsrat Straub wies darauf hin, daß gemäß Art. 88 Abs. 2 LkrO die Jahresrechnung nach Abschluß des Haushaltsjahres dem Kreisausschuß zur Kenntnisnahme vorzulegen sei.

Die Jahresrechnung 2002 werde mit folgendem Ergebnis festgestellt:

Verwaltungshaushalt:	
Einnahmen und Ausgaben	78,396.827,33 €
Vermögenshaushalt:	
Einnahmen und Ausgaben	13,165.850,05 €

Der Kreisausschuß nahm das festgestellte Ergebnis der Jahresrechnung 2002 einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:
**Grundsicherungsgesetz:
Antrag der Freien Wähler, Verfassungsbeschwerde zu erheben**

Landrat Schwing teilte mit, daß Kreisrat Dr. Fahn für die Fraktion Freie Wähler mit Schreiben vom 06.07.2003 gebeten habe, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung zu setzen: „Der Kreistag ermächtigt den Landrat, für den Landkreis Miltenberg Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) zu erheben bzw. sich an einem vom Deutschen Landkreistag betriebenen Verfahren zu beteiligen.“

Zur Begründung des Antrages werde ausgeführt, daß der Deutsche Landkreistag ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, das bestätige, daß das Grundsicherungsgesetz verfassungswidrig sei. Ferner sei es wichtig, daß möglichst genaue Daten aus möglichst vielen Landkreisen gesammelt werden. Der Sozialhilfeausschuß des Landkreises Fürstfeldbruck habe z.B. am 24.03.2003 analog verfahren.

Ergänzend teilte Landrat Schwing mit, daß, nachdem er diesen Antrag auf die Tagesordnung der heutigen Kreisausschußsitzung gesetzt habe, Kreisrat Dr. Fahn gebeten habe, den Antrag im Kreistag am 21.07.2003 zu behandeln, weil er an der Kreisausschußsitzung nicht teilnehmen könne. Nach Überprüfung durch Oberregierungsrat Fieger stehe jedoch fest, daß der Antrag nicht vom Kreistag, sondern vom Kreisausschuß zu behandeln sei. Er (Landrat Schwing) schlage daraufhin vor, den Antrag entweder heute zu behandeln oder die Behandlung bis zur nächsten Kreisausschußsitzung im Herbst 2003 zurückzustellen. Die derzeitige Situation sei so, daß die Präsidien des Deutschen und des Bayerischen Landkreistages beschlossen hätten, zu klagen. Man habe sich allerdings darauf verständigt, nicht sofort, sondern erst nach Vorliegen von belastbarem Material zu klagen. Fakt sei, daß der Landkreis Miltenberg erheblichen Zuschußbedarf haben werde.

Oberregierungsrat Fieger führte aus, daß nach den Zuständigkeitsregelungen der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuß und weitere Ausschüsse des Landkreises Miltenberg (§§ 29, 31 Abs. 1, 34) für die abschließende Behandlung des vorliegenden Antrages der Freien Wähler der Kreisausschuß zuständig sei. Eine Verfassungsbeschwerde des Landkreises Miltenberg gegen das Grundsicherungsgesetz wäre auf Art. 93 Abs. 1 Ziffer 4 a GG zu stützen, wonach das Bundesverfassungsgericht über Verfassungsbeschwerden von Gemeinden oder Gemeindeverbänden wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung nach Art. 28 durch ein Gesetz entscheide (sog. Kommunalverfassungsbeschwerde). Der Deutsche Landkreistag (DLT) selbst könne kein solches Verfahren betreiben, da er nicht Inhaber des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung und damit nicht beschwerdebefugt sei. Allerdings könnte er Beschwerden von einzelnen Landkreisen koordinieren und ein einheitliches Vorgehen gewährleisten.

Am 13.08.2002 habe der DLT ein Rechtsgutachten der Professoren Schoch und Wieland vorgestellt. Diese kommen zu dem Ergebnis, daß die unmittelbare Bestimmung der Kreise und kreisfreien Städte zu Aufgaben- und Finanzierungsträgern verfassungswidrig sei. Der DLT halte das Gesetz wegen des Verstoßes gegen Art. 28 i.V.m. 84 GG daher ebenfalls für verfassungswidrig. Das Präsidium des DLT halte es für erforderlich, daß Landkreise, deren finanzielle Belastungssituation besonders hoch sei bzw. die durch das Grundsicherungsgesetz in besonderem Maß belastet werden, im Rahmen eines durch die Hauptgeschäftsstelle koordinierten Vorgehens exemplarisch beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde erheben. Um die Geeignetheit der potentiellen Beschwerdeführer zu ermitteln, führe der DLT eine Erhebung zu den finanziellen Folgen des GSiG und anderer erheblicher finanziellen Belastungen im sozialen Bereich durch. Die abschließende Auswahl nehme die Hauptgeschäftsstelle aufgrund der vorgenannten Erhebung in Abstimmung mit ihren Landesverbänden vor. Im Interesse der Gesamtheit der Kommunen warne der DLT vor einem unabgestimmten prozessualen Vorgehen einzelner Landkreise.

Ein Anruf der Hauptgeschäftsstelle des DLT in Berlin am 11.07.03 habe ergeben, daß sich bisher 12 Landkreise (darunter der bayerische Landkreis Fürstfeldbruck) und eine Stadt als potentielle Beschwerdeführer gemeldet hätten. Bisher habe noch kein Landkreis Klage erhoben. Mit dem Deutschen Städtetag habe man sich verständigt, daß der DLT die Federführung übernehme. Der DLT würde die entsprechenden Erfassungsbögen zusenden und auch bei der Abfassung von Schriftsätzen unterstützend tätig werden. Die Vertretung in der mündlichen Verhandlung würden die Professoren Schoch und Wieland übernehmen. Als exemplarische Kläger reichten letztendlich zwei bis drei Kreise aus.

Kreisrätin Becker-Scharrer berichtete, daß ihr aktuelle Informationen vorliegen, wonach Staatsministerin Stewens mitgeteilt habe, daß am 02.07.2003 die erste Abschlagszahlung erfolgt sei. Nachdem das Ausführungsgesetz zum Grundsicherungsgesetz (GSiG) sowie die Rechtsverordnung überhaupt noch nicht erlassen seien, wäre es nach Meinung von Kreisrätin Becker-Scharrer zu früh, schon jetzt den Klageweg zu beschreiten. Desweiteren sei noch nicht entschieden, wie die Nachschlagszahlung berechnet werden soll.

Kreisrätin Becker-Scharrer bat zu bedenken, daß das GSiG als Gesetz gegen Altersarmut verabschiedet worden sei. Sie finde es schlimm, daß die CSU mit einer Aktion Stimmung gegen dieses Gesetz mache. Sie frage sich, warum in der Vergangenheit nicht gegen des Konnexitätsprinzip geklagt worden sei.

Landrat Schwing sagte dazu, das Konnexitätsprinzip habe mit dem GSiG nichts zu tun. Er erinnerte daran, daß der Landkreis Miltenberg bezüglich des Konnexitätsprinzips vor ca. drei Jahren eine einstimmige Resolution erlassen habe. Im übrigen sei es absurd, zu behaupten, die CSU mache mit einer Aktion Stimmung gegen das GSiG. Im Präsidium des Bayer. Landkreistages gebe es nicht nur CSU-Vertreter. Trotzdem sei beschlossen worden, Klage gegen dieses Gesetz (nicht gegen die Verordnung) zu erheben. Diesbezüglich seien sich alle Politiker einig. Die Klage sei jedoch zurückgestellt worden, bis geeignetes Material vorliege.

Es stimme, daß die erste Abschlagszahlung heute beim Landkreis Miltenberg eingetroffen sei. Nach welchem Schlüssel die Auszahlung erfolge, entscheiden die Länder. Bayern habe als eines der ersten Bundesländer entschieden, daß ausgezahlt werde. Nachdem keine Einigung erzielt worden sei, erfolge die Auszahlung vorläufig nach Einwohnerzahlen. Mit diesem Auszahlungsmodus werden Großstädte bevorzugt. Voraussichtlich werden für die Mittelverteilung noch andere Kriterien (evtl. nach Anträgen, Aufwand in der Sozialhilfe usw.) kommen und dann eine Verrechnung von Überzahlungen erfolgen.

Kreisrat Dr. Schüren sprach sich dafür aus, den vorliegenden Antrag der Freien Wähler heute nicht zu behandeln. Er spreche ungern über einen Antrag, wenn der Antragsteller nicht anwesend sei. Was Oberregierungsrat Fieger gesagt habe, halte er für richtig, er sei aber der Meinung, daß der Kreisausschuß den Antrag an den Kreistag weitergeben könne. Er (Kreisrat Dr. Schüren) wolle das, was die rot/grüne Bundesregierung beschließe, nicht verteidigen. Was jedoch die Frage der Grundsicherung betreffe, sei dieses Gesetz richtig und notwendig. Lt. Landrat Schwing sei eine Entscheidung bezüglich Klageerhebung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, weil noch keine verlässliche Zahlen vorliegen. Ob der Landkreis Miltenberg für eine Klage geeignet sei, werde bezweifelt. In Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland gebe es dafür vermutlich geeignetere Gebietskörperschaften.

Kreisrat Dr. Schüren bat sodann, über den Antrag der Freien Wähler heute nicht zu entscheiden, sondern den Antrag in der nächsten Kreisausschußsitzung und anschließend im Kreistag zu behandeln.

Landrat Schwing sagte dazu, ob der Landkreis Miltenberg geeignet sei, sei noch nicht bekannt. Es sei aber nicht von der Hand zu weisen, daß er dazugehöre, denn gerade in Franken gebe es viele alte Menschen, die von Armut betroffen seien. Der Landkreis Miltenberg werde sich daher nicht verschließen, wenn er vom Deutschen Landkreistag als für eine Klage geeigneter Landkreis ausgewählt werde.

Was die Behandlung des Antrages der Freien Wähler betreffe, habe die Verwaltung zu prüfen gehabt, in welchem Gremium der Antrag lt. Geschäftsordnung für den Kreistag zu behandeln sei. Diese Prüfung habe Behandlung im Kreisausschuß ergeben. Selbstverständlich könne der Kreisausschuß entscheiden, daß der Antrag auch im Kreistag behandelt werde.

Kreisrat Bieber schlug vor, über den Antrag heute zu entscheiden und die Entscheidung nicht „auf die lange Bank zu schieben“. Wenn der Bund meine, ein Gesetz beschließen zu müssen, müsse er auch die Mittel zur Verfügung stellen. Kreisrat Dr. Fahn habe den Antrag vom Fürstenfeldbrucker Antrag abgeschrieben. Die Sachlage sei in der von Oberregierungsrat Fieger ausgearbeiteten Beschlußvorlage richtig dargestellt. Nach Meinung von Kreisrat Bieber sollte so vorgegangen werden, wie vom Deutschen Landkreistag beschlossen.

Verw.Oberamtsrat Straub gab sodann folgendes bekannt: Der Landkreis Miltenberg habe aufgrund des GSiG bis Juli 2003 rd. 470.000,00 € ausgegeben. Weitere fünf Monate kommen dazu, so daß im Jahr 2003 mit rd. 700.000,00 € gerechnet werden müsse. Vom Freistaat Bayern habe der Landkreis Miltenberg heute 330.000,00 € erhalten. Dieser Betrag sei nach der Einwohnerzahl festgelegt worden. Es sei aber auch klar gesagt worden, daß keine Pro Kopf-Zahlung erfolgen werde. Der Landkreis Miltenberg werde daher künftig erheblich weniger erhalten. Um im Jahr 2004 keine Deckungslücke zu haben, werden von den 330.000,00 € 200.000,00 € im Jahr 2003 als Einnahme gebucht und der Restbetrag im Jahr 2004 vereinnahmt.

Kreisrat Andre erklärt, die CSU-Fraktion stelle das GSiG nicht in Frage. Wenn der gesamte Kreisausschuß der Meinung sei, daß der Deutsche Landkreistag als potentieller Kläger auftreten soll, sollte heute der entsprechende Beschluß gefaßt werden.

Kreisrätin Becker-Scharrer stellte den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Es wäre kein guter Stil, über den Antrag bei Abwesenheit des Antragstellers zu entscheiden. Kreisrat Dr. Fahn sollte vielmehr die Möglichkeit haben, den Antrag zu begründen. Im übrigen hätte seinerzeit auch gegen die Einführung der R 6 geklagt werden können.

Kreisrat Dr. Schüren hielt es für politisch nicht klug, über den Antrag der Freien Wähler mit dünner Mehrheit zu entscheiden. Er könne sich vorstellen, daß die SPD-Fraktion, wenn aktuelle Zahlen vorliegen, zustimmen werde.

Landrat Schwing bemerkte dazu, es gehe nicht um Parteipolitik, sondern um die Kommunen.

Kreisrat Trützler meinte, der Kreisausschuß vergebe sich nichts, wenn er die Entscheidung über den vorliegenden Antrag vertrage. Er sollte vielmehr auf den Vorschlag von Kreisrat Dr. Schüren, nicht mit dünner Mehrheit zu entscheiden, eingehen.

Um zu verhindern, daß über den Antrag der Freien Wähler mit knapper Mehrheit entschieden werde, schlug Landrat Schwing eine kurze Unterbrechung der Sitzung vor.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung bemerkte Kreisrat Andre, wenn der dringende Wunsch bestehe, werde die Entscheidung der Sache wegen freigegeben. Der Kreisausschuß sollte jedoch Landrat Schwing ermächtigen, dem Präsidium des Deutschen Landkreistages zu signalisieren, daß der Landkreis Miltenberg zur Klage bereitstehe.

Landrat Schwing stellte fest, daß folgende Anträge vorliegen:

1. Vertagung des Antrages der Freien Wähler auf die nächste Kreisausschußsitzung.
2. Den Landrat zu ermächtigen, dem Präsidium des Deutschen Landkreistages zu signalisieren, daß der Landkreis Miltenberg, sollte er ausgewählt werden, zur Klage bereit sei.

Kreisrat Bieber sprach sich nochmals dafür aus, über den vorliegenden Antrag der Freien Wähler nicht erst in vier oder sechs Wochen, sondern heute entsprechend der Beschlußvorlage zu entscheiden.

In der sodann erfolgten Abstimmung wurde der Antrag auf Vertagung des Antrages der Freien Wähler vom 06.07.2003, gegen das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) Verfassungsbeschwerde zu erheben, bei drei Gegenstimmen abgelehnt.

Einstimmig wurde weiter folgendes

b e s c h l o s s e n :

Der Antrag der Freien Wähler vom 06.07.2003 wird zurückgestellt. Landrat Schwing wird ermächtigt, den Landkreis Miltenberg als potentiellen Beschwerdeführer beim Deutschen Landkreistag anzumelden. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Deutschen Landkreistag die Erfolgsaussichten einer Kommunalverfassungsbeschwerde sowie die Geeignetheit des Landkreises Miltenberg als Beschwerdeführer abzuklären und dem Deutschen Landkreistag die erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen.

Schwing
Vorsitzender

Mottl
Protokollführerin